

Zeitschrift: Annuaire suisse de science politique = Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft

Band: 20 (1980)

Artikel: Der Misserfolg parteiloser Politik : parteiunabhängige Gruppen in den Gemeindeparlamentswahlen der Kantone Aargau und Basel-Land

Autor: Burger, Ruedi

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-172209>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 13.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER MISSEFOLG PARTEILOSER POLITIK: PARTEIUNABHÄNGIGE GRUPPEN IN DEN GEMEINDEPARLAMENTSWAHLEN DER KANTONE AARGAU UND BASEL-LAND

von Ruedi Burger

Dr. phil., Redaktor im Ressort Aussenpolitik
von Radio DRS

Am Beispiel der parlamentarisch organisierten Gemeinden der Kantone Aargau und Basel-Land wird untersucht, wieviele parteiunabhängige Gruppen sich mit welchem Erfolg an Wahlen in die kommunale Legislative (in diesen Kantonen „Einwohnerrat“ genannt) beteiligen. Der Anteil solcher Listen am Total der eingereichten Wahlvorschläge ist relativ gering, in den neuesten Wahlen z. B. beträgt er durchschnittlich nur 6 Prozent. Ihren Zielsetzungen nach können vier Typen von parteiunabhängigen Listen unterschieden werden: Listen freier Wählervereinigungen, Listen spezifischer Bevölkerungsgruppen, Listen mit Spitzenkandidaten und Listen von Interessenorganisationen. Zum letztgenannten Typ gehören die Wahlvorschläge der Gewerbevereine in Windisch (1973) und Birsfelden (1975), deren Entstehung vor allem auf die spezielle Interessenlage der Gewerbetreibenden in der Gemeinde zurückzuführen ist. Der Misserfolg parteiunabhängiger Gruppen, wie er sich an ihrer geringen Vertretung in den Einwohnerräten ablesen lässt, hat zwei wesentliche Ursachen: Erstens wird nach der Einführung eines Gemeindeparlamentes die „Parteipolitisierung“ der Gemeindepolitik in der Regel nach und nach akzeptiert, d. h. es wird schwieriger, mit antiparteilichen Reflexen Politik zu machen. Zweitens können parteiunabhängige Gruppen, die fast ausnahmslos von der Attraktivität einzelner Kandidaten leben, die zum langfristigen Bestehen notwendige politische Kontinuität natürlich nicht bieten.

L'analyse porte sur la participation et les chances de succès des groupes indépendants aux élections législatives communales dans les communes d'Argovie et de Bâle-Campagne. Ces groupes sont peu nombreux; lors des dernières élections ils représentaient 6 % seulement des listes déposées. En se référant aux objectifs exprimés on peut distinguer quatre types de listes hors-parti: listes d'associations d'électeurs indépendants, listes de groupes spécifiques d'habitants, listes construites sur la personnalité des candidats, listes de groupes d'intérêts. C'est à ce dernier type qu'appartiennent les listes d'associations d'artisans présentées à Windisch en 1973 et à Birsfelden en 1975. Leur existence doit être attribuée avant tout aux intérêts spécifiques des artisans dans la commune. L'échec de ces groupes, tel qu'on peut le constater à la lumière de leurs résultats électoraux tient à deux raisons essentielles: le caractère partisan de la politique communale est toujours mieux accepté depuis l'introduction d'un conseil communal et il devient dès lors plus difficile de se lancer dans la lutte sur la base d'arguments anti-partis; d'autre part ces groupes, qui fondent leur pouvoir d'attraction sur la présence de candidats connus, ne peuvent offrir la continuité politique nécessaire à une existence à long terme.

I. Problemstellung

An Wahlen ins eidgenössische und in kantonale Parlamente beteiligen sich parteiunabhängige Gruppen eher selten, und wenn, dann mit wenig Erfolg.¹ Wie aber steht es auf kommunaler Ebene? Wieviele „freie“, „parteilose“ und „unabhängige“ Wähler – um nur eine kleine Auswahl möglicher Bezeichnungen zu geben – machen bei Wahlen in Gemeindeparlamenten mit, wie können sie klassifiziert werden, wie erfolgreich sind sie? Dies sind die zentralen Fragestellungen des vorliegenden Aufsatzes. Das empirische Material, mit dem ihre Beantwortung versucht werden soll, stammt im wesentlichen von den bisher durchgeführten Einwohnerratswahlen in den Gemeinden des Kantons Aargau und Basel-Land.² Im Aargau gibt es gemäss Tabelle 1 15 Gemeinden mit „ausserordentlicher Gemeindeorganisation“, wie sich der Gesetzgeber ausdrückt, in Basel-Land ist die Zahl auf Anfang 1980 nach der Wiedereinführung der Gemeindeversammlung in Münchenstein auf 6 zurückgegangen. – Die regionale Begrenzung der Untersuchung führt natürlich zum Schluss, dass es einer umfassenderen empirischen Arbeit vorbehalten bleiben muss abzuklären, inwiefern die hier vorgelegten Resultate und Thesen auch für die parlamentarisch organisierten Gemeinden anderer Kantone Gültigkeit haben.

Tabelle 1: Parlamentarisch organisierte Gemeinden der Kantone Aargau und Basel-Land; Jahr der Einführung der Einwohnerräte

<i>Kanton Aargau</i>			<i>Kanton Basel-Land</i>		
Brugg	1966	Obersiggenthal	1974	Allschwil	1972
Neuenhof	1966	Oftringen	1974	Binningen	1972
Wettingen	1966	Spreitenbach	1974	Liestal	1972
Wohlen	1966	Suhr	1974	Münchenstein ^{a)}	1972
Zofingen	1966	Windisch	1974	Pratteln ^{b)}	1972
Aarau	1970			Reinach	1972
Buchs	1970			Birsfelden	1976
Aarburg	1972				
Baden	1972				
Lenzburg	1972				

a) Initiative zur Wiedereinführung der Gemeindeversammlung am 18. 2. 1979 angenommen

b) Initiative zur Wiedereinführung der Gemeindeversammlung am 3. 12. 1978 verworfen

1 Bei den jüngsten Nationalratswahlen z. B. blieben sowohl die Berner „Bürgerliste gegen die Ämterkumulation“ wie auch die Zürcher Listen „Hopp Schwiiz“ und „Christen am Gotthard“ ohne Sitzgewinn.

2 Der vorliegende Aufsatz stellt einen Auszug aus der Dissertation des Verfassers dar: *Vom Kandidaten zum Einwohnerrat, Untersuchungen zur repräsentativen Demokratie auf Gemeindeebene*; erscheint 1980 im Huber-Verlag Frauenfeld.

Schweizerische Literatur zu den aufgeworfenen Themen und zur Problematik parteiunabhängiger Politik auf Gemeindeebene ist, soweit es der Verfasser beurteilen kann, nicht vorhanden. Anders in unserem nördlichen Nachbarland, der Bundesrepublik Deutschland: Dort sind die Beteiligung „freier Wählergemeinschaften“, so die übliche Bezeichnung, an der Kommunalpolitik und ihre Funktion im politischen Prozess der Gemeinde schon verschiedentlich untersucht worden.³

II. Parteiunabhängige Gruppen – eine Typologie

Bei schweizerischen Proporzahlen eingereichte Wahlvorschläge können zunächst in Parteilisten und Listen parteiunabhängiger Gruppen unterteilt werden. Als *Parteilisten* werden im folgenden alle Wahlvorschläge betrachtet, deren Initiantengruppen auch für den fraglichen lokalen Politikbereich gewisse ideologische Grundsätze vertreten. Neben den „traditionellen“ oder „historischen“ Parteien wie FdP, SP, CVP usw. werden demnach auch der Landesring und das aargauische Team 67 zu den Parteien gezählt, obwohl sie in ihren Statuten die Mitgliedschaft in einer andern Partei nicht ausschliessen. Als *parteiunabhängig* gelten Gruppen, die keiner Partei nahestehen und die frei von Ideologien sind (es sei denn, sie huldigten der „Ideologie der Parteilosigkeit“, siehe unten). Der Anteil der parteiunabhängigen Gruppen am Total der eingereichten Wahlvorschläge ist nicht eben gross, am höchsten ist er mit 24 Prozent bei den ersten Einwohnerratswahlen in 5 Gemeinden des Kantons Aargau im Jahre 1966, in den Gemeinden des Kantons Basel-Land wird der grösste Prozentsatz (9 Prozent) bei den Wahlen 1975 erreicht (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2: Der Anteil parteiunabhängiger Listen bei den bisherigen Einwohnerratswahlen in den Kantonen Aargau und Basel-Land

Kanton	Wahljahr	Anz. Gemeinden*	Total Listen	parteiunabhängige Listen	parteiunabh. in %
AG	66	5 Gemeinden	37	9	24
AG	69/72	10 Gemeinden	83	14	17
AG	73	15 Gemeinden	113	12	11
AG	77	15 Gemeinden	102	6	6
BL	71	6 Gemeinden	32	2	6
BL	75	7 Gemeinden	45	4	9
BL	79	6 Gemeinden	36	2	6

* vgl. Tabelle 1

3 Vgl. z. B. Linda L. Dolive, *Electoral Politics at the Local Level in the German Federal Republic*, University Presses of Florida, 1976; Heinz Rausch, Theo Stamm, Hrsg. *Aspekte und Probleme der Kommunalpolitik*, München 1972 (darin besonders den Beitrag von Heino Kaack); Vera Rüdiger, *Die kommunalen Wahlvereinigungen in Hessen*, Meisenheim am Glan 1966.

Da parteiunabhängige Gruppen von ihrer Zielsetzung her sehr verschieden sind, drängt sich eine weitere Unterteilung in Subkategorien auf. Als solche werden vorgeschlagen:

1. Listen freier Wählervereinigungen
2. Listen spezifischer Bevölkerungsgruppen
3. Listen mit Spitzenkandidaten, Minilisten
4. Listen von Interessenorganisationen.

Wichtigstes Ziel der Initianten freier Wählervereinigungen ist die Sicherung einer Vertretung parteiloser Bürger im Parlament. Darüber hinaus versuchen spezifische Bevölkerungsgruppen (im Beispiel der hier untersuchten Wahlen vor allem Jugendliche), sich mit eigenen Listen Mandate zu sichern. Bei der dritten Gruppe handelt es sich um Wahlvorschläge, bei denen primär die Mandatierung schon zum voraus bestimmter Kandidaten anvisiert ist. Listen mit lediglich ein bis zwei Kandidaten (Minilisten) werden als Spezialfälle solcher Wahlvorschläge betrachtet. In die letzte Subkategorie werden Listen eingereiht, bei denen eine partikuläre Interessenvertretung im Vordergrund steht. Tabelle 3 gibt eine nach Kanton, Akteur (Partei oder parteiunabhängige Gruppe) und Listentyp geordnete Übersicht über die in den Einwohnerratswahlen im Kanton Basel-Land (Jahre 71, 75 und 79) und im Aargau (Jahre 73 und 77) eingereichten Wahlvorschläge. Zu der nun folgenden Diskussion über die Klassifikation der Listen parteiunabhängiger Gruppen ist schon zum voraus anzumerken, dass in Einzelfällen auch eine andere Einteilung begründet werden könnte.

1. Listen freier Wählervereinigungen

Massgebend für die Einreihung in diese Kategorie ist neben dem Anspruch der Parteilosigkeit einer Gruppe die Kandidatur von mehreren Bewerbern, von denen keiner durch die Listengestaltung bevorzugt wird. Von den als „freie Wähler“ u. ä. auftretenden Akteuren im Aargau sind hier demnach einzig die 1973 und 1977 in Oftringen kandidierenden „Parteilosen Freien Wähler“ aufzuführen; von den basellandschaftlichen Gruppen gehören 1971/75/79 die „Parteilosen Einwohner Reinach“ und 1975/79 die Birsfelder „Fortschrittliche Wählervereinigung“ (1979 nannte sich die Gruppe „Freie Wählervereinigung“) dazu. Bei beiden Baselbieter Organisationen waren Parteien indirekt an der Gründung mitbeteiligt. Laut einem Zeitungsbericht machten 1971 auch „verärgerte Angehörige bürgerlicher Parteien“ bei den Parteilosen Einwohnern Reinach mit.⁴ Die FWV Birsfelden wurde durch FdP- und SP-Politiker gegründet, die sich mit ihren Parteien verkracht hatten und mit der neuen Gruppe zweifellos die Kontinuität ihrer Amtstätigkeit suchten. Von dieser Tatsache her könnte die FWV auch unter den „Listen mit Spitzenkandidaten“ figurieren, ihre Nennung an dieser

⁴ *Nationalzeitung*, Abendausgabe, 9. 11. 1971.

Stelle rechtfertigt sich jedoch durch den Einbezug vieler weiterer Kandidaten und deren Gleichberechtigung in der Listengestaltung.

2. Listen spezifischer Bevölkerungsgruppen

Zu dieser Subkategorie gehören alle Gruppen, die zusätzlich zur betonten Parteilosigkeit die Vertretung eines speziellen Bevölkerungsteils anstreben, der aber nicht (wie bei den Gewerbevereinen, siehe unten) vom Beruf oder Besitz her definiert ist. Darüber hinaus müssen mehr als zwei Kandidaten nominiert sein.

In den in Tabelle 3 berücksichtigten Wahlen wurden entsprechende Listen nur in aargauischen Gemeinden eingereicht. 1973 versuchten Jugendliche in Aarburg, Wettingen und Zofingen, mit eigenen Wahlvorschlägen im Einwohnerrat mitzubestimmen („Junges Aarburg“, „Junge Wettinger“, „Aktives Zofingen“). Von diesen drei blieb 1977 einzig das (auch schon vorher bestehende) „Aktive Zofingen“ übrig. Vorwiegend jugendliche Kandidaten wurden auch von anderen Gruppen portiert, die jedoch nicht dieser Gruppe zugerechnet wurden: Bei den Wahlvorschlägen der Aarauer Gruppe „Politik der Mitte“ der „Wohler Jugend Plant“ (beide 1973), den Listen „Euse Maa“ (Wohlen 1977) und den Münchenseiner „Blaukreuzjugend“ (1971/75) handelt es sich um Minilisten mit lediglich 1 bis 2 Kandidaten. Auch vom Aargauer Team 67 und von der Poch in Basel-Land wurden vorwiegend Jugendliche nominiert, beide wurden jedoch den Parteien zugeordnet, weil bei ihnen die nach linksliberalen bzw. marxistischen Vorstellungen betriebene Politik zweifellos im Vordergrund steht. Elemente linksliberaler Politik gibt es auch beim hier klassierten „Aktiven Zofingen“, sie sind jedoch weniger konsistent als bei Team.

Wie schon früher wurde auch 1973/77 in Wohlen die Liste „Dorfteil Anglikon“ eingereicht, mit der die Vertretung eines Ortsteils beabsichtigt wurde. Aus den anderen Aargauer und Baselbieter Gemeinden liegen keine vergleichbaren Listen vor. Beim Wettinger Wahlvorschlag „Sulperg“ (1973 und früher) handelt es sich um eine Einmann-Liste, bei der der Stellenwert der Vertretung eines Ortsteils zumindest unklar ist.

An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass in den Einwohnerratswahlen im Aargau und in Basel-Land – im Gegensatz zu Wahlen auf anderen Ebenen – reine Frauenlisten noch nicht zustande gekommen sind.⁵

⁵ An den Grossratswahlen 1973 im Kanton Aargau beteiligte sich das „Team 67“ im Bezirk Lenzburg mit einer reinen Frauenliste, konnte jedoch kein Mandat gewinnen. Bei den Nationalratswahlen 1975 im Kanton Zürich wurde ebenfalls eine reine Frauenliste eingereicht. Erwartungsgemäss blieb auch diese Liste der „Politisch interessierten Frauen“ ohne Sitzgewinn. Vgl. *Tages-Anzeiger*, 27. 5. 1975, 9. und 10. 9. 1975.

3. Listen mit Spitzenkandidaten, Minilisten

Kriterium für die Einteilung in diese Subkategorie ist die Bevorzugung eines oder mehrerer Spitzenkandidaten durch die Listengestaltung oder die Kandidatur von lediglich einem oder zwei Bewerbern (= Minilisten). Minilisten sind als Spezialfälle von Wahlvorschlägen mit Spitzenkandidaten anzusehen; mit beiden wird die Mandatierung einiger weniger Personen bezweckt.

Bei den Aargauischen Einwohnerratswahlen wurden weitaus mehr Listen dieser Art eingereicht. Listen mit Spitzenkandidaten waren die des „Forums“ in Spreitenbach 1973 und der „Freien Wähler für Bildung und Fortschritt“ in Baden 1973. Bei beiden kandidierten mehrere Bewerber; der Spitzenkandidat des „Forums“ wurde auf der Liste als erster aufgeführt, derjenige der „Freien Wähler für Bildung und Fortschritt“ als einziger gleich am Anfang vorkumuliert. – Bei der Liste des „Forums“ gibt es einige weitere interessante Details: Einer ihrer Initianten hatte sich mit der Ortsgruppe der FdP überworfen, war aber auf kantonaler Ebene noch im Parteivorstand aktiv. Auch aus anderen Gründen wurde die Parteilosigkeit des „Forums“ angezweifelt, im Wahlkampf und in Presseberichten wurde es als „Tivoli-Partei“ (Befürworter des zweiten Einkaufszentrums) und „Interessengruppe“ apostrophiert.⁶ Das „Forum“ hätte demnach auch den „Interessenorganisationen“ zugerechnet werden können.

Der Spitzenkandidat der Badener „Freien Wähler für Bildung und Fortschritt“ ist 1977 auf einer Miniliste – wo er als einziger kandidierte – wiederzufinden. Weitere Einmann-Listen wurden 1973 in Wettingen vom bereits erwähnten Kandidaten vom „Sulperg“, 1977 in Obersiggenthal von den „Parteilosen Wählern“ und ebenfalls 1977 in Wohlen eingereicht, wo sich der Kandidat die Listenbezeichnung „Euse Maa“ einfallen liess.

Mit Minilisten, auf denen zwei Kandidaten aufgeführt waren, warteten 1973 in Aarau die „Freien Wähler“ und zwei Jugendliche („Politik der Mitte“) auf, in Wohlen versuchten es ebenfalls zwei Jugendliche mit einer Liste „Wohler Jugend Plant“. Die beiden einzigen Minilisten im Baselbiet wurden 1971/75 von der Münchensteiner „Blaukreuzjugend“ eingereicht. 1971 wurde die Kandidatur dieser zwei Bewerber u. a. damit begründet, dass es zu spät gewesen sei, sich anderen Listen anzuschliessen,⁷ vier Jahre später stand dann die Verteidigung des errungenen Sitzes im Vordergrund. Beide Male ging es zweifellos auch um den Propagandeffekt für eine Idee, der von einem eigenen Wahlvorschlag erhofft wurde.

⁶ Vgl. *Badener Tagblatt*, 31. 10. und 6. 11. 1973.

⁷ *Nationalzeitung*, Abendausgabe, 14. 11. 1971.

4. Listen von Interessenorganisationen

In diese Subkategorie werden die Wahlvorschläge von neben den Parteien bestehenden Interessengruppen eingeteilt. Von den in Tabelle 3 berücksichtigten Wahljahren gibt es nur deren zwei, nämlich den Windischer „Gewerbeverein“ (Wahljahr 1973) und die „Politisch Interessierten Einwohner“ in Birsfelden (1975). Diese beiden Gruppen nehmen eine Sonderstellung ein, wie im folgenden dargestellt werden soll.

An sich wäre denkbar, dass neben den Parteien vor allem auch primär wirtschaftspolitisch ausgerichtete Interessengruppen an Wahlen teilnehmen würden. Auf kantonaler und nationaler Ebene ist deren Inaktivität leicht zu erklären: Zwischen den grösseren Parteien und den Gewerkschaften, Arbeitgeber-, Gewerbe-, Landwirtschafts- und Konsumentenorganisationen (als wichtigste wirtschaftspolitische Interessenvertreter) bestehen mannigfache personelle Querverbindungen.⁸ Aus der faktischen, wenn auch selten eingestandenen Zusammenarbeit der Parteien mit diesen Verbänden resultiert der Verzicht der Verbände auf die Rolle eines Wahlorganitors. Dieser Bereich wird den Parteien überlassen, die dazu einen eingespielten Apparat aufgebaut haben.

Auf Gemeindeebene ist die Kooperation von Parteien und Verbänden weniger offensichtlich. Zum einen ist die Politik der Verbände vorwiegend kantonal und national orientiert, zum andern ist ein gruppenbezogenes Auftreten in den meisten städtischen Gemeinden von der Mitgliederzahl her – wenn überhaupt – nur den Gewerkschaften und Gewerbeorganisationen möglich. Daraus kann jedoch keinesfalls auf ein Abseitsstehen der Arbeitgeber von der Gemeindepolitik geschlossen werden. Sofern ihre Interessen von der ökonomischen Bedeutung des Betriebes her genügend legitimiert sind, können sie auch dann durchgesetzt werden, wenn sie ausserparlamentarisch vorgetragen werden.⁹

Zwischen den Gewerkschaften und Gewerbevereinen einerseits und den „zugewandten“ Parteien andererseits haben sich auf Gemeindeebene tatsächlich Kooperationsformen eingespielt. In grösseren Städten macht die SP den Gewerkschaften eine gewisse Anzahl Listenplätze frei und wird dafür vom Partner im Wahlkampf finanziell unterstützt. In kleineren Gemeinden, wie den hier untersuchten, funktioniert diese Zusammenarbeit in der Regel weniger formell. Die Gewerkschaften werden um Kandidaten angefragt und häufig bei der Listen-

8 Vgl. Erich Gruner, *Die Wirtschaftsverbände in der Demokratie*, Erlenbach 1956; Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1977 (2. Aufl.).

9 In Adliswil ZH konnte z. B. ein Grosskonzern eine Senkung des Steuerfusses durchsetzen, nachdem die Verlegung des Firmensitzes nach auswärts angedroht worden war (vgl. *Tages-Anzeiger*, 12. 12. 1974). In starker Abhängigkeit von einer Uhrenfabrik ist die solothurnische Gemeinde Welschenrohr (siehe *Tages-Anzeiger* 8. 11. 1977). Den Einfluss von Unternehmungen auf die Gemeindepolitik in Bündner Berggemeinden beschreibt Ernst Koenig, *Entscheidungsstrukturen auf Gemeindeebene in einem Berggebiet*, Diss. Bern, 1971 (vervielfältigt), S. 258–265.

bezeichnung berücksichtigt: Von den in Tabelle 3 berücksichtigten SP-Listen tragen rund die Hälfte nebst dem Parteinamen den Zusatz „... und Gewerkschafter“.¹⁰

Auch für das Zusammenspannen verschiedener bürgerlicher Parteien mit Gewerbevereinen gibt es Indizien. Vor allem bei der FdP und SVP ist der Anteil selbständig erwerbender Kandidaten traditionell hoch.¹¹ In Aarau fanden sich 1973 SVP, Jungliberale und Gewerbetreibende zu einer gemeinsamen Liste. Eine solche oder eine ähnliche Koalition kommt jedoch nicht immer zustande. Das wird durch die separaten Listen des Gewerbevereins in Windisch und die der „Politisch Interessierten Einwohner“ in Birsfelden demonstriert. Aus welchen Gründen diese beiden Wahlvorschläge eingereicht wurden, wird im nächsten Abschnitt erläutert.

III. Die gewerblichen Listen in Windisch und Birsfelden

Vom Bild der Nichteinmischung primär wirtschaftspolitischer Interessengruppen in die Wahlorganisation hebt sich auf Gemeindeebene in Windisch und Birsfelden die Beteiligung gewerbepolitisch orientierter Gruppen ab. In Windisch reichte 1973 der Gewerbeverein eine Liste ein, in Birsfelden 1975 der Gewerbeverein zusammen mit dem Haus- und Grundbesitzerverein, wobei jedoch der Gewerbeverein eindeutig als Initiator dieser „Politisch Interessierten Einwohner“ fungierte. Diese beiden Listen sind Ausnahmefälle, die nach den Aussagen ihrer Präsidenten und zufolge Zeitungsartikeln¹² teilweise mit der erstmaligen Wahl der Einwohnerräte in Windisch und Birsfelden erklärt werden können. Für diese Interpretation spricht auch die Tatsache, dass es die Gewerbler in Aarau als „Freie Handwerker und Gewerbetreibende“ bei der erstmaligen Einwohnerratswahl 1969 ebenfalls im Alleingang versuchten. Dennoch scheint diese Begründung nicht zu genügen. Weder bei den übrigen erstmaligen Einwohnerratswahlen in Gemeinden des Kantons Aargau und Basel-Land noch in den sieben Zürcher Gemeinden, die 1974 den „Grossen Gemeinderat“ einführten (Adliswil, Bülach, Dübendorf, Illnau-Effretikon, Opfikon, Schlieren, Wädenswil) nahmen gewerbepolitische Gruppen mit eigenen Listen an der Wahl teil. In all diesen Fällen wurden die Gewerbetreibenden offenbar in die Listen der nahestehenden Parteien (v. a. FdP, SVP, CVP) integriert. Zum Teil geschah dies auch in Windisch und Birsfelden: In beiden Gemeinden wurden mehrere Gewerbler von der FdP und vereinzelt auch von verschiedenen anderen Parteien nominiert. Die Frage

10 Ein Fall ist bekannt, wo die Kooperation zwischen SP und Gewerkschaften nicht zustande kam: In Pratteln weigerte sich die SP 1971, einen Gewerkschafter auf ihre Liste zu nehmen, weil er auch Mitglied der PdA war. Vgl. *Nationalzeitung*, Abendausgabe, 11. 11. 1971.

11 Vgl. z. B. *Aargauer Tagblatt*, 14. 11. 1973.

12 *Birsfelder Anzeiger*, 17. 10. 1975; *Brugger Tagblatt*, 22. 9. 1973.

also, wieso eine Fraktion des Gewerbes als selbständige Gruppe auftrat, stellt sich um so mehr.

Gewerbetreibende haben ein fundamentales Interesse an Gemeindepolitik. Viele von ihnen sind auf Arbeitsaufträge von der Gemeinde angewiesen, die meisten sind auch von der Entwicklung ihrer Gemeinde stark betroffen. Als Beispiel kann erwähnt werden, dass Verkehrssanierungen durch den Bau von Umfahrungsstrassen von Gewerbetreibenden mit Blick auf eine befürchtete Isolierung ihrer Geschäfte häufig nicht befürwortet werden.

Dem grossen Interesse an der Gemeindepolitik steht die Zurückhaltung vieler Gewerbetreibender gegenüber, mit einer politischen Partei identifiziert zu werden. Grund dafür ist vor allem die Furcht, politisch anders orientierte Kunden zu verlieren. Die Möglichkeit einer Kandidatur auf einer Parteiliste mit dem Zusatz „parteilos“ bietet sich hier kaum als Ausweg an: Die „Parteilosigkeit“ solcher Kandidaten wird oft angezweifelt, und bei einer eventuellen Wahl in den Rat wird ohnehin die Mitarbeit in der Fraktion verlangt.¹³ Für Gewerbetreibende, die ohne Parteiticket im Gemeindeparlament aktiv werden möchten, bleibt damit entweder die Kandidatur auf einer „freien“ oder einer eigenen Liste. Tatsächlich sind sowohl auf den Listen der Birsfelder „Fortschrittlichen Wählervereinigung“ wie der „Parteilosen Einwohner Reinach“ vereinzelt Gewerbetreibende zu finden. Weshalb aber entschloss sich in Birsfelden die grosse Mehrzahl der Gewerbler, auf eine Zusammenarbeit mit der FWV zu verzichten? Weshalb wurde in Windisch gar nicht versucht, mit anderen Kandidaten zusammen eine parteiunabhängige Liste einzureichen?

Heute sind fast alle Parteien bestrebt, sich das Image einer Volkspartei zu geben. Auch parteiunabhängige Gruppen leben in ihrer Propaganda weitgehend von der Behauptung, interessenungebunden zu sein.¹⁴ Für Gewerbler hat die Beteiligung an den Wahlvorschlägen von Parteien wie parteiunabhängigen Gruppen somit den Nachteil, dass ihre spezifischen Interessen hinter dem Anspruch beider, aller Bevölkerungsschichten zu repräsentieren, zurücktreten müssen. Die Begründung für die Präsentation einer eigenen Liste durch den Windischer wie Birsfelder Gewerbeverein zeigt jedoch, dass primär die Vertretung eigener Interessen anvisiert wurde.¹⁵ Zweifellos geht es den Initianten solcher Listen demnach auch darum, eine Politik im Sinne des Gewerbes zu betreiben, die nicht durch Rücksichten auf „Allgemeininteressen“ zurückgebunden wird.

In beiden Gemeinden scheiterte die Integration der Kandidaten der Gewerbevereine in eine parteiunabhängige Gruppe auch aus andern Gründen. In Windisch hätte die notwendige personelle Basis für eine „freie“ Liste wohl kaum gefunden werden können, nachdem sich sonst niemand dafür zu engagieren schien. In

13 Vgl. *Nationalzeitung*, Abendausgabe, 7. 11. 1971.

14 Vgl. z. B. ein Artikel der FWV im *Birsfelder Anzeiger*, 3. 10. 1975.

15 *Badener Tagblatt*, 14. 8. 1973; persönliche Befragung der Präsidenten der beiden Gewerbevereine.

Birsfelden war eine Zusammenarbeit mit der aus Parteikrächen entstandenen FWV (siehe oben) durch personelle Aspekte von vornherein in Frage gestellt.

Die einseitige berufs- und interessenmässige Ausrichtung ihrer Kandidaten hinderte jedoch im übrigen beide Gewerbevereine nicht daran, die Aufstellung eigener Listen gegenüber der Öffentlichkeit vornehmlich mit der Parteilosigkeit ihrer Bewerber zu erklären. In Birsfelden wurde die Erweiterung der Liste durch Kandidaten des Haus- und Grundbesitzervereins in der Wahlpropaganda auch dazu ausgenutzt, um sich als offene, unabhängige Gruppe zu präsentieren.

Neben den genannten Motiven spielte beim Entschluss für eine eigene Liste je ein weiterer Grund mit. In Windisch wurde von Seiten des Gewerbevereins beklagt, dass er von den Parteien nicht zur Kandidatennennung aufgefordert worden sei (Präsidentenbefragung). In Birsfelden kam die PIE-Liste offenbar nur dank tatkräftiger Mithilfe einiger FdP-Angehöriger zustande. Die Motive hierfür sind nicht ganz klar, wahrscheinlich wollte man versuchen – gemäss der Devise: (im Wahlkampf) getrennt zu marschieren und dann (im Rat) gemeinsam zu schlagen – zusätzliche bürgerliche Wähler zu mobilisieren.

In Windisch – und paradoxerweise auch in Birsfelden – wurde die Aufstellung einer gewerblichen Liste von freisinniger Warte aus kritisiert. Ein Kommentator des „Brugger Tagblatts“ wies darauf hin, dass sich auch die dem Gewerbe nahestehenden Parteien um geeignete Kandidaten aus dieser Wirtschaftsgruppe bemüht hätten. (Wie oben ersichtlich, wurde von gewerblicher Seite aus genau das Gegenteil behauptet.) Mit dem „Sonderzüglein“ des Gewerbevereins werde wenig erreicht, „bestenfalls (sic!) eine gewisse Konkurrenzierung vor allem jener politischen Gruppen und Parteien, die für die gewerbepolitischen Anliegen Verständnis aufbrachten“.¹⁶ In Birsfelden wurde die gewerbliche PIE-Liste von der Parteispitze und von freisinnigen Einwohnerratskandidaten nachträglich als wichtiger Grund für das enttäuschende Wahlresultat der Partei bezeichnet.¹⁷

Die in beiden Fällen angetönte Möglichkeit, dass die Gewerbelisten die anderen bürgerlichen Listen konkurrenzieren könnten, besteht tatsächlich. Listenverbindungen sind verboten, „überschüssige“ Stimmen einer Liste können demnach nicht einer befreundeten Partei zu einem weiteren Sitz verhelfen. Gegen die These der Konkurrenzierung spricht jedoch, dass beide Gruppen über die Limite der Sitzzahl des Einwohnerrates hinaus (40 Mandate) Kandidaten nominieren konnten: In Windisch stellten FdP und Gewerbeverein zusammen 42 Bewerber auf, FdP und PIE in Birsfelden sogar 60. Es ist wahrscheinlich, dass dieses grosse Kandidatenangebot den beiden Gruppen zusammen (FdP + Gewerbevereine) zusätzliche Stimmen verschaffte.¹⁸ Zudem rekrutieren sich die Stimmen für

16 *Brugger Tagblatt*, 15. 8. 1973.

17 *Birsfelder Anzeiger*, 28. 11. 1975.

18 Mehr Kandidaten bringen mehr Wähler und mehr Panaschierstimmen. Vgl. Ruedi Burger, *Der Begriff der „ausserparteilichen Präferenz“: Zur Analyse des Panaschierstimmentausches unter den Parteien bei Proporzahlen*, Kleine Studien zur Politischen Wissenschaft, Nr. 64, Zürich 1975, S. 4.

Gewerbelisten auch aus der nichtfreisinnigen Wählerschaft, vornehmlich aus der anderer bürgerlicher Parteien.

Hinter den Attacken auf Gewerbelisten sind deshalb weitere Gründe zu suchen. Sicherlich geht es auch darum, dass von den Parteien jeder Einbruch in ihr Wahlbeteiligungsmonopol argwöhnisch beobachtet wird. Vordergründig wird aber vor allem kritisiert, dass der Gewerbeverein mit einer eigenen Liste eine unverholene Interessenvertretung betreibe. So heisst es z. B. im Kommentar des „Brugger Tagblatts“, der sich mit dem Wahlvorschlag des Windischer Gewerbevereins befasst, dass „von einem Gemeindeparlament, das immerhin die Gesamtheit der Stimmberechtigten repräsentieren sollte, ein wenig mehr als die Verfechtung von Sonderinteressen“ erwartet werde.¹⁹ – Die beiden Gewerbevereine beugten sich der vielfältigen Kritik an ihren eigenen Wahlvorschlägen, nicht zuletzt natürlich, weil sie wenig erfolgreich gewesen waren. (Windisch 1 Sitz, Birsfelden 2): Beide verzichteten bei den nächsten Erneuerungswahlen (Windisch 1977, Birsfelden 1979) auf die Präsentation eines eigenen Wahlvorschlags.

IV. Wahlergebnisse parteiunabhängiger Gruppen: programmierter Misserfolg?

Gemäss den Tabellen 2 und 3 sind in den parlamentarisch organisierten Gemeinden des Kantons Aargau mehr Listen von parteiunabhängigen Gruppen eingereicht worden als in den Gemeinden des Kantons Basel-Land. Der Grund dafür dürfte in der durchschnittlich kleineren Bevölkerungszahl, dem geringeren Bevölkerungswachstum und generell dem eigenständigeren Dorfleben der aargauischen Gemeinden liegen: Initiative Einzelpersonen oder Personengruppen, die auf die Gemeindepolitik einwirken möchten, finden sich hier eher als in den Baselbieter Gemeinden, die allesamt einen stark vorstädtischen Charakter aufweisen. Allerdings spielen die Listen parteiunabhängiger Gruppen auch in den Gemeinden des Aargaus eine untergeordnete Rolle: Fast bei der Hälfte handelt es sich um Minilisten, und im Vergleich der Vierjahresperioden ist sowohl die Zahl der Listen wie die der Kandidaten stark rückläufig.

Die Existenz von parteiunabhängigen Gruppen und ihre untergeordnete Rolle im Vergleich zu den Parteien sind Konsequenzen des Proporzsystems. Bedingt durch die Tatsache, dass bei einer Wahl von 40 bis 50 Einwohnerräten in einem Wahlkreis etwa 3 Prozent der Stimmen zu einem Sitzgewinn ausreichen, wird durch das Verhältniswahlssystem schweizerischen Zuschnitts einerseits der Parteienzersplitterung – und damit auch der Bildung von parteiunabhängigen Gruppen – Vorschub geleistet. Auf der anderen Seite führt aber die Listenwahl dazu, dass sich die Wähler in der Regel zuerst für eine Partei und deren (kommuni-

¹⁹ 15. 8. 1973.

nales, kantonales oder eidgenössisches) Programm entscheiden, bevor sie – wenn überhaupt – durch Panaschieren und Kumulieren die Persönlichkeit der Kandidaten berücksichtigen.²⁰ Analytisch kann demnach die Wählerschaft bei Proporzahlen zweigeteilt werden: in Anhänger einer Partei – bei parteiunabhängigen Gruppen sind damit „Anhänger der Parteilosigkeit“ oder besser „Gegner der Parteien“ gemeint – und in Anhänger eines einzelnen oder mehrerer Kandidaten. Der weitaus grössere Teil der Stimmen konzentriert sich auf die erste Gruppe.

1. Abnahme der Gegner der Parteipolitik

Die Wahlkampfstrategie parteiunabhängiger Gruppen baut stark auf Ressentiments gegen Parteien auf. So soll etwa von der FWV Birsfelden der „überwiegende Teil der Wählerschaft“ vertreten werden, „der keiner Partei angehört“. „Parteizugehörigkeit verpflichtet . . . weitgehend zu parteigebundenen Entscheidungen und schliesst im allgemeinen freie Meinungen aus“.²¹ Im Wahlprospekt der „Parteilosen Einwohner Reinach“ heisst es 1975 kurz und bündig: „Duesch pfyffe-n-uff d’Parteije, muesch Lische 5 in d’Urne gheije.“ Solche Beispiele anti-parteilicher Reflexe von parteiunabhängigen Gruppen liessen sich leicht vermehren.

Mehrheitlich wird nun aber die Arbeit der Einwohnerräte positiv eingeschätzt,²² darüber können auch die versuchte Abschaffung des Einwohnerrates in Pratteln und die tatsächlich erfolgte Abschaffung in Münchenstein²³ nicht hinwegtäuschen. Das heisst, dass auch die Vorurteile gegen die Parteien weitgehend abgebaut worden sind. Die „Parteipolitisierung“ der Gemeindepolitik hat zwar unzweifelhaft stattgefunden, die befürchteten schwerwiegenden negativen Konsequenzen sind aber ausgeblieben. Offensichtlich haben sich die Stimmbürger mit der neuen Art des Politisierens abgefunden. Deshalb haben die parteiunabhängigen Gruppen einen Teil ihrer Wählerunterstützung (Skeptiker der Parteipolitik) verloren.

2. Abnahme der Attraktivität der Kandidaten

Der Erfolg parteiunabhängiger Listen ist in hohem Masse mit der Attraktivität ihrer Kandidaten verbunden. Erfahrungen zeigen aber, dass gerade die Attraktivität gewählter parteiunabhängiger Kandidaten in der Periode der praktischen

20 Vgl. Peter Felix Müller, *Das Wahlsystem. Neue Wege der Grundlegung und Gestaltung*, Zürich 1959, S. 231–44.

21 *Birsfelder Anzeiger*, 17. 10. und 3. 10. 1975.

22 Vgl. z. B. *Nationalzeitung*, 27. 12. 1975.

23 Vgl. *Basler Zeitung*, 4. 12. 1978 und 20. 2. 1979.

Ratsarbeit abnimmt. Gemäss den Versicherungen in der Wahlpropaganda erwarten ihre Wähler von ihnen Aktivitäten, die sich von denjenigen der parteigebundenen Parlamentarier abheben. Dieser Anspruch kann häufig nicht eingelöst werden; oft beginnt die Verwischung der aufgebauten Gegensätze schon bei der Konstituierung des Rates: Eine parteiunabhängige Gruppe, die nicht in Fraktionsstärke im Rat vertreten ist, sucht als Ausweg aus der drohenden Isolation (Nichtberücksichtigung in den Kommissionen) den Anschluss an eine Partei. Damit wird ihre Glaubwürdigkeit sofort in Frage gestellt. Nicht selten erfolgen später formelle Übertritte in Parteien, wonach die parteiunabhängige Gruppe ihre Legitimation vollends verliert. Zwei Beispiele: Sowohl der einzige gewählte Bewerber des Gewerbevereins Windisch (1973) wie die zwei erfolgreichen Kandidaten der Politisch Interessierten Einwohner Birsfelden (1975) haben sich im Einwohnerrat den Fraktionen der FdP angeschlossen.

Die Abhängigkeit parteiunabhängiger Gruppen von der Popularität einzelner Parlamentarier hat häufig eine weitere Konsequenz: Beim Rücktritt des „Zugpferdes“ einer solchen Gruppe ist wegen des Fehlens vorgegebener organisatorischer Strukturen zunächst fraglich, ob die Gruppe überhaupt an Erneuerungswahlen teilnimmt. Wenn ja, ist aufgrund der geringeren Attraktivität der neuen Bewerber fast mit Sicherheit mit Sitzverlusten zu rechnen.

Bei jeder Erneuerungswahl stehen also parteiunabhängige Gruppen vor grossen Problemen. In der Ratsarbeit ist ihnen die Profilierung gegenüber den Parteien kaum gelungen, eventuell verzichten populäre Mitglieder auf eine Wiederwahl. Der Wahlausgang ist unsicher, es muss mit Verlusten gerechnet werden. Solche Erwartungen erschweren die Suche nach neuen Kandidaten. Werden jedoch nur einige wenige Bewerber gefunden, ist ein gutes Wahlresultat von vornherein in Frage gestellt.²⁴ Nichtbeteiligung an der Wahl, Sitzverluste oder Ausscheiden sind Konsequenzen, die aus dem Funktionieren der beschriebenen Mechanismen resultieren.

Inwiefern diese Thesen Gültigkeit haben, soll nun am Beispiel der Einwohnerratswahlen in den Gemeinden der Kantone Basel-Land und Aargau untersucht werden.

In den Baselbieter Gemeinden haben von den wenigen kandidierenden parteiunabhängigen Gruppen alle Sitze erhalten. Am besten sieht die Bilanz für die „Parteilosen Einwohner Reinach“ aus: Sie haben als einzige alle drei bisherigen Wahlen mitgemacht und ihre Sitzzahl von 5 (Wahlen 1971) auf 6 (1975) und schliesslich auf 8 (1979) steigern können. Die „Blaukreuzjugend Münchenstein“, eine Miniliste mit jeweils 2 Kandidaten, hat in den Wahlen 1971 und 1975 je ein Mandat errungen und dabei bei den zweiten Wahlen ihren Stimmenanteil prozentual geringfügig steigern können. Zu einer dritten Wahl ist es in Münchenstein wegen der Abschaffung des Einwohnerrates nicht gekommen. – In Birsfelden haben die „Politisch Interessierten Einwohner“ bei der ersten Wahl im Jahre

24 Vgl. Anmerkung 18.

1975 2 Sitze geholt, bei den Erneuerungswahlen vier Jahre später dann aber auf eine neue Kandidatur verzichtet (siehe oben). Die „Fortschrittliche Wählervereinigung“ kam 1975 auf 3 Mandate; eines davon verlor sie als „Freie Wählervereinigung“ 1979. Diese Resultate sind nicht einheitlich. Den Thesen über den „programmierten Misserfolg“ parteiunabhängiger Gruppen widerspricht insbesondere das bisherige Abschneiden der „Parteilosen Einwohner Reinach“.

Im Gegensatz zu den Gemeinden des Kantons Basel-Land sind verschiedene der Aargauer parteiunabhängigen Gruppen bei ihrer Wahlbeteiligung erfolglos geblieben. 1965 konnte in Wohlen die Gruppe „Stop den ansteigenden Mietzinsen“ kein Mandat erringen, 1969 erging es ebenfalls in Wohlen der Gruppe „Oberdorf parteilos“ nicht besser. Von den in Tabelle 3 aufgeführten Parteiunabhängigen schliesslich blieben 1973 die Gruppen „Politik der Mitte“ (Aarau) und die „Wohler Jugend Plant“ ohne Mandatsgewinn, im Jahre 1977 die „Parteilosen Wähler“ in Obersiggenthal. Die übrigen, „erfolgreichen“ Gruppen sind in Tabelle 4 aufgeführt. Eine davon „Euse Maa“ in Wohlen (Nr. 11), fällt ausser Betracht, weil sie 1977 erstmals kandidierte und also noch keine Erneuerungswahl fällig geworden ist. Von den übrigen 18 Gruppen traten 6 bereits zur ersten Erneuerungswahl nicht mehr an (Nr. 3, 4, 7, 10, 14, 19), 2 gingen ihres einzigen Sitzes verlustig (Nr. 6 „Sulperg“ Wettingen; Nr. 15, „Freie Wähler“ Aarau), 6 weitere bürsteten Sitze ein (Nr. 1, 2, 5, 12, 16, 18). Nur gerade zwei konnten ein Mandat dazugewinnen (Nr. 8, „Stimmbürger Anglikon“ Wohlen, Nr. 13 „Aktives Zofingen“), und zwei weiteren gelang es, wenigstens ihren prozentualen Stimmenanteil zu erhöhen (Nr. 9, 17). Von den 8 Gruppen, die für die zweite Erneuerungswahl noch in Frage kommen, gaben 6 ihre Sitze freiwillig auf (Nr. 1, 2, 5, 9, 12, 16). Das „Aktive Zofingen“ (Nr. 13) musste zwei Mandate abgeben, die Badener „Freien Wähler für Bildung und Fortschritt“ (Nr. 17) verloren ihren einzigen Sitz und beim Wohlener „Dorfteil Anglikon“ (Nr. 8) ging der Stimmenanteil prozentual zurück. Diese Gruppe ist auch die einzige, die bereits an einer dritten Erneuerungswahl teilnahm; sie musste 1977 einen weiteren prozentualen Stimmenrückgang in Kauf nehmen. Auch beim „Dorfteil Anglikon“ scheint es demnach lediglich eine Frage der Zeit zu sein, bis zusätzliche Sitzverluste eintreten und/oder die Gruppe auf eine Wahlbeteiligung verzichtet.

Mit Blick vor allem auf die zahlreicheren Beispiele aus den Gemeinden des Kantons Aargau kann der Weg einer – im ersten Anlauf erfolgreichen – parteiunabhängigen Gruppe folgendermassen zusammengefasst werden: Trotz Anfangserfolgen, die häufig der Propaganda gegen die Parteien zu verdanken sind, vermag sich die Gruppe in der Parlamentsarbeit gegenüber den Parteien zu wenig zu profilieren. Schon in den ersten Erneuerungswahlen sind Rückschläge zu erwarten, und nur die wenigsten parteiunabhängigen Gruppen überstehen schliesslich auch eine zweite oder dritte Erneuerungswahl, Ausnahmen von diesem Muster sind natürlich möglich. Ein Beispiel dafür wäre der (vorläufige?) Erfolg der „Parteilosen Einwohner Reinach“.

Tabelle 4: Der Erfolg parteiunabhängiger Gruppen in den aargauischen Einwohnerratswahlen bis 1977

Ortschaft	Einführung Einwoh- nerrat	Nr.	parteiunabhängige Gruppe	Sitze Wahl 65	Sitze Wahl 69/72 (Differenz)	Sitze Wahl 73 (Differenz)	Sitze Wahl 77 (Differenz)
Brugg	1966	1	Aktionsgemeinschaft parteiloser Bürger	7	5 (-2)	*	
		2	Vereinigung freier Stimmbürger	5	2 (-3)	*	
		3	Aktionskomitee Zusammenschluss Neuenhof-Baden	-	4	*	
Wettingen	1966	4	Wettinger Quartiervereine	1	*		
		5	Freie Stimmberechtigte und Parteilose Wähler	5	2 (-3)	*	
Wohlen	1966	6	Sulperg	-	1	0 (-1)	
		7	Junge Wettinger	-	-	1	*
		8	Überparteiliches Anglikona ^{a)}	1	2 (+1)	2 (-%)	2 (-%)
		9	Freie und Parteilose Wähler ^{b)}	2	2 (+%)	*	
		10	Unabhängige Wählergemeinschaft Wohlen-Anglikon	4	*		
Zofingen	1966	11	Euse Maa	-	-	-	2
		12	Freunde des Einwohnerrates ^{c)}	4	3 (-1)	*	
		13	Aktives Zofingen	-	5	6 (+1)	4 (-2)

Aarau	1970	14	Freie Handwerker und Gewerbetreibende)	-- --	1	*
		15	Freie Stimmberechtigte und Freie Wähler ^e)	-- --	1	0 (-1)
Aarburg	1972	16	Junges Aarburg	-- --	3	1 (-2) *
Baden	1972	17	Freie Wähler für Bildung und Fortschritt	-- --	1	1 (+%) 0 (-1)
Oftringen	1974	18	Parteilose Freie Wähler	-- --	--	4 2 (-2)
Spreitenbach	1974	19	Forum	-- --	--	3 *

a) 1969 „Stimmbürger Anglikon“, 1973/77 „Dorfteil Anglikon“

b) 1969 „Vereinigung Freie Stimmberechtigte und parteilose Wähler“

c) 1969 „Vereinigung freier Bürger“

d) 1973 gemeinsame Liste mit SVP und Jungliberalen

e) 1973 „Freie Wähler“

-- keine Wahlbeteiligung

-- -- noch kein Einwohnerrat

+%, -% prozentualer Stimmengewinn oder -verlust bei gleichem Sitzanteil wie bei den vorherigen Wahlen

* keine Wahlbeteiligung mehr (kampflose Aufgabe von Sitzen)

